

Ignacio Ramonet

Die Märkte entwapfen!

Dezember 1997 - Der Taifun über den Börsen Asiens bedroht den Rest der Welt. Die Globalisierung des Finanzkapitals ist dabei, die Menschen rundum zu verunsichern.

Sie umgeht und erniedrigt die Nationen und deren Staaten.

Dabei sind sie die maßgeblichen Orte für die Ausübung der Demokratie und die Garanten des Gemeinwohls.

Zudem haben die Finanzmärkte sich längst einen eigenen Staat geschaffen, einen supranationalen Staat, der über eigene Apparate, eigene Beziehungsgeflechte und eigene Handlungsmöglichkeiten verfügt. Es handelt sich um das institutionelle Viereck aus Internationalem Währungsfonds (IWF), der Weltbank, der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Welthandelsorganisation (WTO). Unisono preisen diese Institutionen die „Tugenden des Markts“ – und nahezu alle großen Medien beten es nach.

Dieser Weltstaat ist ein Machtzentrum ohne Gesellschaft. An deren Stelle treten immer mehr die Finanzmärkte und die Riesenkonzerne. Von ihnen erhält er sein Mandat.

Die Folge ist, dass die real existierenden Gesellschaften machtlose Gesellschaften sind (1) und die Lage sich stetig verschlimmert.

Als Nachfolgerin des GATT ist die WTO seit 1995 zu einer Organisation mit supranationalen Befugnissen geworden, die keiner parlamentarisch-demokratischen Kontrolle unterliegt. Sie kann verkünden, dass nationale Gesetze bezüglich Arbeitsrecht, Umweltschutz oder Gesundheitswesen „der Freiheit des Handels entgegenstehen“, und deren Aufhebung fordern. (2) Im übrigen wird in der OECD abseits der Öffentlichkeit seit Mai 1995 der äußerst wichtige multilaterale Investitionsvertrag (MAI) ausgehandelt, der 1998 zur Unterzeichnung ansteht. Er zielt darauf ab, den Investoren gegenüber nationalen Regierungen eine Blankovollmacht zu erteilen.

Will man verhindern, dass die Welt sich im kommenden Jahrhundert endgültig in einen Dschungel verwandelt, in dem Raubtiergesetze gelten, so ist die Entwapfung der Finanzmächte erste Bürgerpflicht.

Etwa 1500 Milliarden Dollar wandern mehrmals täglich auf den Devisenmärkten hin und her; es wird auf Schwankungen im Devisenkurs spekuliert. Die Instabilität der Wechselkurse ist eine der Ursachen für den Anstieg der Realzinsen, die den privaten Konsum und die Investitionen der Unternehmen verringern. Die Instabilität verschärft die Defizite der Staatshaushalte. Die Pensionsfonds, die mit einigen hundert Milliarden Dollar arbeiten, drängen bei den Unternehmen auf immer höhere Dividenden. Die Lohnabhängigen sind die Hauptopfer dieser Jagd nach Profit, denn wenn sie massenhaft entlassen werden, schießen die Börsenkurse ihrer ehemaligen Arbeitgeber in die Höhe.

Können die Gesellschaften der Welt noch lange hinnehmen, was nicht hinnehmbar ist? Es wird höchste Zeit,

den zerstörerischen Kapitalbewegungen Sand ins Getriebe zu streuen. Das ist auf dreierlei Weise möglich: über die Abschaffung der „Steuerparadiese“, über die höhere Besteuerung von Kapitaleinkünften und über eine allgemeine Besteuerung der Finanztransaktionen.

Steuerparadiese sind bekanntlich Gebiete, in denen das Bankgeheimnis dem einzigen Zweck dient, Unterschlagungen und andere mafiöse Geschäfte zu vertuschen. Milliarden Dollar werden auf diese Weise der Besteuerung entzogen – im Interesse der Mächtigen und der Finanzunternehmen. Alle Großbanken der Welt haben Filialen in „Steuerparadiesen“ und ziehen daraus großen Profit. Lasse sich nicht ein Finanzboykott von Gibraltar, den Kaimaninseln oder Liechtensteins durchsetzen, indem Banken, die mit öffentlichen Stellen zusammenarbeiten, untersagt wird, dort Filialen zu eröffnen?

Die Besteuerung der Finanzeinkünfte ist eine demokratische Minimalforderung. Finanzeinkünfte sollten genauso hoch besteuert werden wie die Einkünfte aus Lohnarbeit, was freilich nirgends der Fall ist, schon gar nicht in der Europäischen Union.

Die völlig freie Kapitalzirkulation untergräbt die Demokratie. Deshalb müssen Abschreckungsmechanismen installiert werden. Einer davon ist die „Tobin-Steuer“, benannt nach dem Nobelpreisträger für Ökonomie James Tobin. Er hatte 1972 angeregt, in bescheidenem Umfang alle Transaktionen auf den Devisenmärkten zu besteuern, um diese zu stabilisieren und der Weltgemeinschaft Einkünfte zu verschaffen.

Bei einem Satz von 0,1 Prozent würde die Tobin-Steuer jährliche Einkünfte von rund 166 Milliarden Dollar einbringen – das Doppelte der Summe, mit der bis zur Jahrtausendwende die extreme Armut in der Welt beseitigt werden könnte. (3) Zahlreiche Experten haben gezeigt, dass die Einführung dieser Steuer keinerlei technische Schwierigkeit bereiten würde. (4) Ihre Erhebung würde das liberale Credo all derer zerfetzen, die unentwegt predigen, es gebe zum aktuellen System keine Alternative.

Warum nicht eine weltweite regierungsunabhängige Organisation namens „**Aktion für eine Tobin-Steuer als Bürgerhilfe**“ (**Action pour une taxe Tobin d'aide aux citoyens – Attac**) ins Leben rufen? Gemeinsam mit den Gewerkschaften und den zahlreichen Organisationen, die kulturelle, soziale oder ökologische Ziele verfolgen, könnte sie gegenüber den Regierungen als gigantische staatsbürgerliche Pressure-group auftreten, mit dem Ziel, endlich wirksam eine weltweite Solidaritätssteuer durchzusetzen.

(1) André Gorz, „*Misères du présent, richesses de l'avenir*“, 1997

(2) François Chesnais, „*La Mondialisation du capital*“, 1997

(3) „*Rapport sur le développement humain 1997*“

(4) Mahbub Ul Haq, Inge Kaul und Isabelle Grunberg, „*The Tobin Tax: Coping with Financial Volatility*“, 1996. / Ibrahim Warde, „*Die Tobin-Steuer, ein wenig Sand im Getriebe*“, Februar 1997.

Übersetzung der SiG-Redaktion aus dem [Französischen](#)